

Politisch brisante Jagdausflüge

Der Landeshauptmann Günter Platter und die Tiroler Volkspartei geraten unter Druck

Auch in Tirol sind die Themen Korruption und verdeckte Parteienfinanzierung akut geworden. Sie treffen die Volkspartei. Landeshauptmann Platter wird vorgeworfen, dass er sich mehrmals zu Jagdausflügen bitten liess.

Charles E. Ritterband, Innsbruck

Diverse Jagdausflüge, auf die sich der Tiroler Landeshauptmann Günter Platter (ÖVP) offenbar von Unternehmern einladen liess, haben über die Grenzen des Bundeslandes hinaus heftige Diskussionen ausgelöst. Das Thema «Jagdausflüge» ist die neueste Facette in der Debatte um Korruptionsvorwürfe gegen Politiker aller österreichischen Parteien, die Grünen ausgenommen.

Besonders viel Staub aufgewirbelt hatten bereits die grosszügigen Jagdeinladungen des – der Volkspartei nahestehenden und mit einer früheren ÖVP-Ministerin verheirateten – Lobbyisten Alfons Mensdorff-Pouilly auf sein schottisches Schloss. Dabei sollen Querverbindungen zur Telekom Austria bestanden haben; eine Oppositionspartei behauptet, die Telekom habe einen Lear-Jet zur Beförderung der Jagdgesellschaft nach Schottland zur Verfügung gestellt.

Funktionierendes Bündnis

Die Opposition will nun auch die Jagden des Tiroler Landeschefs sowie verdeckte Wahlkampffinanzierung der Tiroler Volkspartei durch die Telekom Austria zum Thema einer Sondersitzung des Nationalrats unmittelbar nach Ostern machen. Dem seit Juli des Jahres 2008 die Geschicke Tirols lenkenden Platter wird vorgeworfen, dass er sich mindestens siebenmal auf Jagdausflüge einladen liess, von verschiede-

nen Unternehmern wie beispielsweise einem Fleischgrosshändler und dem Wirt eines Luxusrestaurants. So soll Platter im Herbst 2011 quer durch die Jagdgebiete des «Heiligen Landes Tirol», vom Ausserfern bis nach Osttirol, mit der Jagdflinte auf der Pirsch unterwegs gewesen sein. Publik geworden sind die Vorwürfe, die nicht nur in Tirol hohe Wellen schlagen, auf der Homepage des emsigen Tiroler Bloggers und selbsternannten Aufdeckers Markus Wilhelm aus dem Tiroler Ötztal. Bereits ist in Innsbruck die Rede davon, dass Platter an den Rücktritt denken sollte.

Der Landeschef weist jedoch solche Erwägungen weit von sich: Er sei ein anständiger Mensch und lasse sich wegen der Einladungen zur Jagd nicht kriminalisieren. Gelder, die von der Telekom geflossen seien, und Jagdausflüge dürfe man nicht in denselben Topf werfen, betont Platter. Die Freunde, die ihn zur Jagd eingeladen hätten, hätten sich dadurch keinerlei Vorteile verschafft. Überdies habe er einige Abschüsse selbst bezahlt. Die Kontakte, die er pflege, kämen dem Land Tirol zugute. Dennoch gelobt Platter, aus der Affäre seine Konsequenzen zu ziehen und keine Einladungen zur Jagd mehr anzunehmen.

Der stellvertretende Landeshauptmann Hannes Gschwentner (SPÖ) sagte beschwichtigend, dass der frühere Landeshauptmann Eduard Wallnöfer jede Woche jagen gegangen sei. Immerhin, die Zeiten hätten sich geändert, und man müsse als Politiker heute «sorgsamer» sein. Er sei erleichtert, dass Platter das Jagen nun vorübergehend einstellen wolle. Eine Rücktrittsaufforderung an den Landeshauptmann sei aber nicht sinnvoll. Gschwentner ist naheliegenderweise daran interessiert, dass das gut funktionierende Regierungsbündnis zwischen seinen Sozialdemokraten und der ÖVP mindestens bis zu den Wahlen weiterbesteht.

Bereits vor einem Monat sah sich allerdings der ebenfalls der Volkspartei angehörende Tiroler Finanzlandesrat Christian Swizak zum Rücktritt gezwungen. Er hatte im Jahr 2007, als er in dem von Platter geleiteten Innenminis-



Günter Platter
Tiroler Landeshauptmann

terium tätig war, Jagdeinladungen der Telekom und des Zillertaler Lift-Unternehmers Heinz Schultz angenommen. Die Tiroler «Tageszeitung» stellte in einem Kommentar die Argumentation Platters infrage, wonach Jagdausflüge unerlässliche Bestandteile der «Kontaktpflege» mit der Wirtschaft bilden müssten. Politische und private Tätigkeit sollten deutlicher getrennt werden, schreibt das führende Blatt des Bundeslandes, denn durch diese «halbprivaten Veranstaltungen» sei der politische Entscheidungsträger «massiver Beeinflussung ausgesetzt».

Die Tiroler Grünen fordern eine Offenlegung aller Abschüsse durch den Landeshauptmann. Er solle detailliert aufzeigen, welche Jagden ihm be-

zahlt worden seien und welche er selbst finanziert habe. Gerade das Beispiel Jagd demonstriere die enge Verzahnung zwischen Politik und Unternehmertum, argumentiert der Fraktionschef der Tiroler Grünen, Georg Willi. Einladungen zur Jagd könnten die Unabhängigkeit bei politischen Entscheidungen untergraben. Es reiche bereits, sagte sein Fraktionskollege Gebi Mair im Landtag, wenn einer der Sponsoren irgendwann einem Politiker einen Jagdausflug mit den Worten in Erinnerung rufe: «Günter, weisst du noch, damals...» Konkreter waren die Vorwürfe gegen die ÖVP-Nationalratsabgeordnete Karin Hakl. Ihr Wahlkampf vom Jahr 2008 in Innsbruck war damals verdeckt von der Telekom Austria finanziert worden – und zwar mit 20 000 Euro, die ihr durch Vermittlung der bereits mehrmals im Korruptions-Parlamentsausschuss genannten Firma Valora des eifrigen Lobbyisten Peter Hoegger gestellt worden waren. Hakl sah sich gezwungen, ihre Funktion als Bereichssprecherin für Innovation und Telekommunikation der ÖVP im Nationalrat vorerst ruhen zu lassen. Es ist zu erwarten, dass sie diese Funktion in Kürze abgeben muss.

Inzwischen hat Landeshauptmann Platter die Flucht nach vorn ergriffen und angekündigt, den Bemühungen der Bundesregierung zuzukommen und nun selbst ein Transparenzgesetz für Tirol auszuarbeiten. In diesem sollten

alle staatlichen und privaten Förderungen, aber auch Gehälter von Managern offengelegt werden. Falls auf Bundesebene keine Einigung über ein Parteienfinanzierungsgesetz zustande komme, werde man auch dieses autonom in Angriff nehmen, kündigte Platter an. Im kommenden Oktober sollen im Tiroler Landtag alle notwendigen Entscheide zum Tiroler Transparenzgesetz fallen.

Ruf nach neuen Köpfen

Für die Opposition ist dies nicht genug. Der Vertrauensverlust gegenüber der Landesregierung werde immer spürbarer, argumentieren die Tiroler Grünen. Sie sehen in vorgezogenen Wahlen mit neuen Köpfen – eineinhalb Jahre vor dem regulären Wahltermin im Herbst des Jahres 2013 – einen Ausweg aus der verfahrenen Situation. Für die vorzeitige Auflösung des Landtags bedarf es allerdings einer Zweidrittelmehrheit unter den 36 Abgeordneten; die Tiroler Koalitionsparteien, nämlich die Volkspartei und die Sozialdemokraten, haben bereits ihre Ablehnung gegen vorgezogene Neuwahlen bekundet. Die Regierung arbeite hervorragend und Neuwahlen seien daher kein Thema, sagt der Tiroler ÖVP-Fraktions-Chef Josef Geisler. Und der stellvertretende Klubchef der SPÖ, Klaus Gasteiger, argumentiert, dass die Bevölkerung einen derartigen Schritt nicht nachvollziehen könnte.

Bahrain in den Schlagzeilen

Demokratieaktivist im Hungerstreik

Der Hungerstreik eines Demokratieaktivisten hält Bahrain in Atem. Das kleine Königreich am Golf bemüht sich im Vorfeld eines örtlichen Formel-1-Auto-

sorgt. Der Aktivist ist vor sechs Tagen 50-jährig geworden. Khawaja ist einer der prominentesten Aktivisten in der mehrheitlich schiitischen Demokratiebewegung in Bahrain. Er hatte sich bereits gegen Ende der siebziger Jahre in

